

Finanzamt Bergheim
 Veranlagungsbezirk 022
 IdNr. Ehemann 81 327 625 406
 IdNr. Ehefrau 98 057 714 364
 Steuernummer 203/5149/3388
 (Bitte bei Rückfragen angeben)



50126 Bergheim
 Rathausstr. 3
 Telefon 02271/82-145149
 Telefax 0800 10092675203

07.06.2019

Finanzamt, Postfach 1120, 50101 Bergheim

18 2FC9 7191 1A 4000 9299

DV 06.19 0,70 Deutsche Post



*4516*0002345*07*5999*

Herrn Björn Olbrich
 Frau Tea Kalandadze
 Von-Werth-Str. 24
 50259 Pulheim

Bescheid

für 2018 über
 Einkommensteuer
 und Solidaritätszuschlag

Festsetzung

Art der Festsetzung
 Der Bescheid ist nach § 129 AO berichtigt.
 Er ist nach § 165 Abs. 1 Satz 2 AO teilweise vorläufig.

Festsetzung
 Die Festsetzung der rk. Kirchensteuer wird aufgehoben.

	Einkommen- steuer €	röm.-kath. Kirchen- steuer €	Solida- ritäts- zuschlag €	Insgesamt €
Festgesetzt werden	10.044,00		552,42	
Abzug vom Lohn des Ehemanns	-11.845,00		-651,38	
Abzug vom Lohn der Ehefrau	0,00			
verbleibende Beträge	-1.801,00		-98,96	-1.899,96
Abrechnung in € nach dem Stand vom 31.05.19 abzurechnen sind	-1.801,00	0,00	-98,96	-1.899,96
bereits gezahlt	0,00	903,96	0,00	903,96
erstattet	1.801,00	0,00	98,96	1.899,96
demnach zu viel gezahlt	0,00	903,96	0,00	903,96

Über eine etwaige Verrechnung des Restguthabens mit Gegenansprüchen erhalten Sie eine besondere Mitteilung.

Der darüber hinausgehende Betrag wird erstattet auf das Konto mit der IBAN DE14 1203 0000 0016 2537 83 bei Deutsche Kreditbank Berlin (BIC: BYLADEM1001), sofern er mindestens 1,- € beträgt.

**** Fortsetzung siehe Seite 2 ****

Konto der Finanzkasse:

Kreditinstitut:
 BBk Düsseldorf
 IBAN DE55 3000 0000 0030 0015 47 BIC MARKDEF1300

Weitere Informationen auf der letzten Seite oder im Internet unter www.finanzverwaltung.nrw.de

>>> WinGF <<< *72.252*

006636

Besteuerungsgrundlagen

Berechnung des zu versteuernden Einkommens

	Ehemann €	Ehefrau €	Insgesamt €
Einkünfte aus selbständiger Arbeit			
laut gesonderter Feststellung		0	
Einkünfte		0	
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit			
Bruttoarbeitslohn	67.699	0	
ab			
Werbungskosten			
Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte			
Entfernungspauschale für 50 Tage			
Wege mit PKW			
50 Tage x 46 km x 0,30 EUR	690,00		
Entfernungspauschale	690		
insgesamt	-690		
Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte			
Entfernungspauschale (Ehefrau) für 198 Tage			
Wege mit PKW (Ehefrau)			
198 Tage x 13 km x 0,30 EUR	772,20		
zusammen	773		
Entfernungspauschale	773		
insgesamt		-773	
Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer	-1.250		
Fortbildungskosten		-82	
weitere Werbungskosten		-551	
Summe der Werbungskosten	1.940	1.406	
Einkünfte	65.759	-1.406	
Summe der Einkünfte	65.759	-1.406	64.353
Ausgleich des Verlustes	-1.406	1.406	
Gesamtbetrag der Einkünfte	64.353	0	64.353

Sonderausgaben

ab beschränkt abziehbare Sonderausgaben

Summe der Altersvorsorgeaufwendungen	517		
davon 86 %	445	445	
Beiträge zur Krankenversicherung			
- Ehemann	3.239		
- Ehefrau	2.433		
Summe Krankenversicherungsbeiträge	5.672	5.672	
Beiträge zur Pflegeversicherung			
- Ehemann	259		
- Ehefrau	743		
Summe Pflegeversicherungsbeiträge	1.002	1.002	
Summe der Beiträge nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG	6.674		
ab Beitragsrückerstattung	-652		
verbleiben	6.022	6.022	
Summe der beschränkt abziehbaren Sonderausgaben		6.467	-6.467

ab unbeschränkt abziehbare Sonderausgaben

im Kalenderjahr 2018 geleistete			
Zuwendungen nach § 10b Abs. 1 EStG	50		
im Veranlagungszeitraum abziehbar		50	
Summe der unbeschränkt abziehbaren Sonderausgaben		50	
mindestens jedoch Sonderausgaben-Pauschbetrag			-72

hinzü			
Erstattungsüberhang aus Kirchensteuern			223
Einkommen / zu versteuerndes Einkommen			58.037

Berechnung der Einkommensteuer

zu versteuern nach dem Splitttarif	58.037		10.092
tarifliche Einkommensteuer			10.092
ab			
Ermäßigung für Zuwendungen an politische Parteien nach § 34g EStG			-48
festzusetzende Einkommensteuer			10.044

Berechnung des Solidaritätszuschlags

festzusetzende Einkommensteuer		10.044
Bemessungsgrundlage		10.044
davon 5,5 v.H. Solidaritätszuschlag		552,42

Bescheid für 2018 über Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag vom 07.06.2019

Steuerbelastung

Ihre Einkommensteuerbelastung (10.092,00 €) bezogen auf das
zu versteuernde Einkommen (58.037 €) beträgt 17,39 %.

Dabei wurde bereits vorher für die Berechnung Ihres zu versteuernden Einkommens der
Gesamtbetrag der Einkünfte (64.353 €) um abziehbare Aufwendungen
(z. B. Vorsorgeaufwendungen u. a.) in Höhe von insgesamt 6.316 € gemindert.

Erläuterungen

Die Änderung des Bescheides beruht auf dem Schreiben des Erzbistums Köln vom 22.05.2019 bzgl. des
Kirchenaustritts des Herrn Olbrich. Da in der Steuererklärung korrekt angegeben worden ist, dass
keine Kirchensteuerpflicht bestand, handelt es sich um einen Fehler des Finanzamts. Die
Speicherung ist bei der Bearbeitung leider nicht zutreffend erfolgt, wodurch es zu einer
ungerechtfertigten Festsetzung von Kirchensteuer kam. Bitte entschuldigen Sie das Versehen.

Dieser Bescheid ändert den Bescheid vom 10.04.2019.

Der Höchstbetrag für sonstige Vorsorgeaufwendungen wurde bereits durch die Berücksichtigung
Ihrer Beiträge zu Basiskranken- und gesetzlichen Pflegeversicherungen ausgeschöpft; ein darüber
hinausgehender Abzug von sonstigen Vorsorgeaufwendungen ist daher nicht möglich.

Für Zuwendungen an politische Parteien in Höhe von 96 € wurde die Steuerermäßigung nach
§ 34g Nr. 1 EStG gewährt.

Die Festsetzung der Einkommensteuer ist gemäß § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO im Hinblick auf die
Verfassungsmäßigkeit und verfassungskonforme Auslegung der Norm vorläufig hinsichtlich

- des Abzugs einer zumutbaren Belastung (§ 33 Abs. 3 EStG) bei der Berücksichtigung von Aufwen-
dungen für Krankheit oder Pflege als außergewöhnliche Belastung
- der Abziehbarkeit der Aufwendungen für eine Berufsausbildung oder ein Studium als Werbungskost-
en oder Betriebsausgaben (§ 4 Absatz 9, § 9 Absatz 6 EStG).

Die Festsetzung des Solidaritätszuschlags ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO hinsichtlich
- der Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlaggesetzes 1995
vorläufig.

Die Vorläufigkeitserklärung erfasst sowohl die Frage, ob die angeführten gesetzlichen Vorschriften
mit höherrangigem Recht vereinbar sind, als auch den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht oder
der Bundesfinanzhof die streitige verfassungsrechtliche Frage durch verfassungskonforme Auslegung
der angeführten gesetzlichen Vorschriften entscheidet (BFH-Urteil vom 30. September 2010 -
III R 39/08-, BStBl 2011 II S. 11). Die Vorläufigkeitserklärung erfolgt lediglich aus verfahrens-
technischen Gründen. Sie ist nicht dahin zu verstehen, dass die im Vorläufigkeitsvermerk
angeführten gesetzlichen Vorschriften als verfassungswidrig oder als gegen Unionsrecht verstoßend
angesehen werden. Soweit die Vorläufigkeitserklärung die Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Norm
betrifft, ist sie außerdem nicht dahingehend zu verstehen, dass die Finanzverwaltung es für
möglich hält, das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof könne die im
Vorläufigkeitsvermerk angeführte Rechtsnorm gegen ihren Wortlaut auslegen. Sollte aufgrund einer
diesbezüglichen Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union, des
Bundesverfassungsgerichts oder des Bundesfinanzhofs diese Steuerfestsetzung aufzuheben oder zu
ändern sein, wird die Aufhebung oder Änderung von Amts wegen vorgenommen; ein E I N S P R U C H
ist daher insoweit N I C H T E R F O R D E R L I C H.

Datenschutzhinweis:

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Steuerverwaltung und über Ihre
Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen
entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben der Finanzverwaltung. Dieses
Informationsschreiben finden Sie unter www.finanze.de (unter der Rubrik "Datenschutz") oder
erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Die Festsetzung der Einkommensteuer und des Solidaritätszuschlags können mit dem Einspruch ange-
fochten werden.

Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder
ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige
Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue
Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens. Dies gilt auch, soweit sich ein
angefochtener Vorauszahlungsbescheid durch die Jahressteuerfestsetzung erledigt.

Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen, diesem elektronisch
zu übermitteln oder zur Niederschrift zu erklären.

Die Frist für die Einlegung eines Einspruchs beträgt einen Monat.

Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei
Zusendung durch einfachen Brief gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als
bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist.

Wenn Sie beabsichtigen, einen Einspruch elektronisch einzulegen, wird empfohlen, den Einspruch
über 'Mein ELSTER' (www.elster.de) einzulegen.

weitere Informationen

Öffnungszeiten:

Öffnungszeiten allgemein
Mo-Do 08:30-12:00 Uhr
Do 13:30 - 15:00 Uhr
Fr geschlossen

Öffnungszeiten Bürgerbüro
Mo-Mi 8:00 - 12:00 Uhr
Do 7:00- 16:30 Uhr
Fr geschlossen

Nahverkehrsanbindung:

Haltestelle: Rathaus
Buslinien 922, 923, 924, 950, 960, 961, 971, 975

Telefonzeiten sind von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und
von 13.30 Uhr bis 15.30 Uhr

